

## 5. Wandel akademischer Bildung in Deutschland 1950-2005

Robert D. Reisz | Manfred Stock

Wie haben sich die Fächerproportionen in der Zeitspanne nach dem Zweiten Weltkrieg bis etwa zur Einführung der gestuften Studiengänge in den 2000er Jahren entwickelt? Wie ist dieser fächerstrukturelle Wandel im Zusammenhang des gesellschaftlichen Wandels zu erklären? Um diese Fragen zu beantworten, wurde im Rahmen einer Längsschnittanalyse der Wandel akademischer Bildung in der Bundesrepublik (alt und neu) sowie in der DDR (1950-2002) untersucht.<sup>68</sup> Der Blick richtete sich dabei auf Verschiebungen zwischen den Studienfächern, das heißt auf Veränderungen in deren Proportionen.

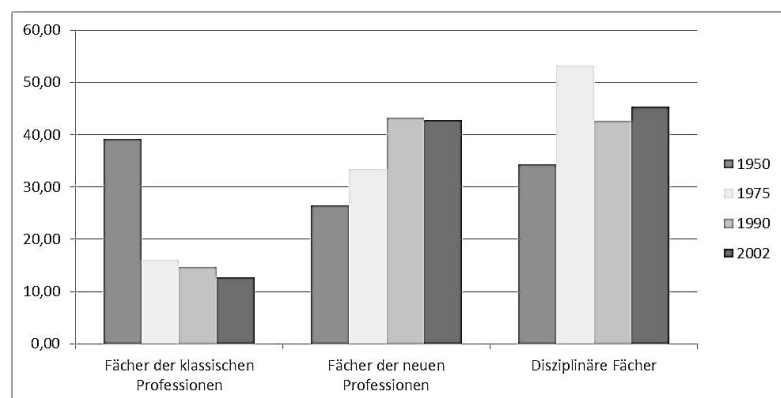
Der Übergang zur modernen Universität beinhaltet im Kern, dass die Hochschulbildung mit der autonomen Entwicklung der Wissenschaft auf eine *eigene* Grundlage gestellt wurde. Mit der Differenzierung der wissenschaftlichen Disziplinen, an der sich auch die Studienfächer orientieren, wird ein in der Forschung an der Universität selbst erzeugtes Wissen zur Grundlage der Lehre. Damit ändert sich auch die Wissensgrundlage der bis dahin oberen Fakultäten der Universität zur Ausbildung der *klassischen Professionen*. Sie ruhen nun auch auf der Wissenschaft und den kognitiven Innovationen, die diese hervorbringt. Zugleich wird die Philosophische Fakultät mit ihren modernen Disziplinen faktisch zur Berufsfakultät zunächst der höheren *Lehrämter*; nach dem Zweiten Weltkrieg dehnte sich die Akademisierung auch auf das bis dahin niedere Schulwesen und dessen Lehrämter aus.

Ebenfalls setzte sich die bereits mit Gründung und Expansion der Technischen Hochschulen und der Handelshochschulen eingeleitete Entwicklung fort, mit der Studiengänge an Gewicht gewannen, die – wie die klassischen Professionsfächer – auf berufliche Anwendungsfelder in anderen Bereichen der Gesellschaft, jenseits von Wissenschaft sowie von Bildung und Erziehung, zugeschnitten waren. Dabei werden nicht nur bereits bestehende berufliche Felder Gegenstand einer wissenschaftlich basierten Technologisierung und Interventionalisierung; es werden zudem auch neue Handlungsfelder erzeugt und, indem sie diesen Prozessen unterworfen werden, als Betätigungsfeld der neuen Professionen verberuflicht.

Mit dieser *Professionalisierung* treten mehr und mehr „neue“ Professionen an die Seite der „klassischen“ Professionen. Mit dem Aufstieg der „neuen“ Professionen wächst das Gewicht der Professionsausbildung (Übersicht 3). Zwar geht das relative

Gesamtgewicht der wissenschaftsdisziplinär verfassten Studienfächer – Physik, Chemie, Soziologie usw. – im Vergleich mit den 70er Jahren zurück; eine Marginalisierung dieser Fächergruppen ist aber nicht zu verzeichnen. Auch sie führen mehr und mehr in Karrieren außerhalb der Bereiche von Wissenschaft und Bildung und passen sich damit in die Struktur der Professionen ein.

Übersicht 3: Entwicklung der Fächerproportionen 1950-2002



<sup>68</sup> Robert D. Reisz / Manfred Stock: Wandel der Hochschulbildung in Deutschland und Professionalisierung, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2011, auch unter [http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab\\_6\\_2011.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_6_2011.pdf). Das Projekt wurde durch die DFG gefördert.

Die genannten Verschiebungen fanden unter der Voraussetzung eines insgesamt *expandierenden Hochschulwesens* statt. Seit Ende des 19. Jahrhunderts war es der Politik – mit Ausnahme der nationalsozialistischen Diktatur und der DDR – nicht mehr möglich, die Hochschulexpansion einzuschränken.<sup>69</sup> Einer Begrenzung der individuellen Bildung durch politische Vorgaben des Staates standen die bürgerlichen Freiheitsrechte entgegen. Die Autonomie der Hochschulbildung ruht daher grundsätzlich zum einen auf der Autonomie der Wissenschaft und zum anderen auf den Bürgerrechten. Diese sozialstrukturellen Voraussetzungen der Hochschulentwicklung haben eine zentrale Folge: Unter bürgerrechtlichen Verhältnissen – im Gegensatz etwa zur Entwicklung in der DDR – gehen die Veränderungen des relativen Gewichts der Studienfächer auf Seiten der beteiligten Personen darauf zurück, dass sich deren Interessen und Entscheidungen verschieben.

*(1) Wandel der Fächerstruktur und Hochschulbildungsbeteiligung:*

- Wird die Verschiebung im Gewicht der Studienfächer allein im Zusammenhang mit der Hochschulexpansion betrachtet, so zeigt sich, dass mit der Expansion das Gewicht der klassischen Professionen – Theologie, Medizin, Rechtswissenschaften – abnimmt. Der Anteil der Sozialwissenschaften nimmt hingegen zu.
- Hochschulen und die in ihr vertretenen universalistischen Wissensbegriffe orientieren auf universelle Inklusion.<sup>70</sup> Sämtliche Personen gelten als potentielle Adressaten der Universitäten. Die Entscheidung, ein bestimmtes Fach zu studieren, fällt in Abhängigkeit von der schichtspezifischen Herkunft. Von elf unterschiedenen Fächergruppen ändert sich bei sieben Gruppen das Gewicht in Abhängigkeit von der Veränderung des Anteils der Studierenden aus Arbeiterfamilien. Bei Medizin, Rechtswissenschaften, Theologie und auch beim Lehramtsstudium ist der Zusammenhang negativ: Das abnehmende Gewicht der klassischen Professionsfächer geht mit einer Zunahme des Arbeiterkinderanteils unter den Studierenden insgesamt einher. Im Falle der Sozialwissenschaften, der Kunst und Kunstwissenschaften sowie bei Sportwissenschaften ist der Zusammenhang hingegen positiv. Keine Zusammenhänge finden sich bei Mathematik/Naturwissenschaften, den Sprach- und Kultur-, den Ingenieur- sowie den Wirtschaftswissenschaften. Dabei gehen die Veränderungen in der Fächerstruktur und im Anteil der Arbeiterkinder unter den Studierenden eher miteinander einher, ohne dass hier Ursache-Wirkungs-Relationen vorliegen.<sup>71</sup>
- Komparative Studien führen immer wieder zu dem Befund, dass der Anteil der Frauen unter den Studierenden der Natur- und Ingenieurwissenschaften in den entwickelten westlichen Ländern kleiner ist als in jenen Ländern, die als weniger entwickelt und als weniger demokratisch gelten. Nach den gängigen Kriterien der Modernisierungstheorie ergibt sich eine paradoxe Konstellation: In Ländern, die insgesamt als rückständig gelten, scheinen mit Blick auf die Fächerwahl hergebrachte Geschlechterstereotypisierungen eine geringere Autorität zu haben als in modernen westlichen Demokratien. Dieses Modernisierungsparadox konnte anhand des Vergleiches zwischen DDR und BRD näher beleuchtet werden.<sup>72</sup> In beiden deutschen Staaten herrschten unterschiedliche Reglements des Hochschulzugangs: Im Staatssozialismus wurden die Studienplätze für die einzelnen Fächer quotiert, unter liberaldemokratischen Verhältnissen war dies nicht oder nur in sehr engen Grenzen möglich. Diese unterschiedlichen strukturellen Voraussetzungen, so zeigen die empirischen Befunde, schlugen sich in unterschiedlichen Mustern der Zusammenhänge zwischen Verschiebungen im relativen Anteil der Fächer und der Bildungsbeteiligung von Frauen am Hochschulstudium nieder. In der Bundesrepublik führte

---

<sup>69</sup> vgl. Robert D. Reisz / Manfred Stock: Zwischen Expansion und Kontraktion. Hochschulbildungsbeteiligung in den Ländern West-, Mittel-, Osteuropas und den USA in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in diesem Heft, S. 16-18

<sup>70</sup> Manfred Stock: Akademische Bildung und die Unterscheidung von Breiten- und Elitebildung, in: Soziale Welt 2/2011, S. 129-142

<sup>71</sup> Für die DDR waren mit den vorliegenden Daten statistische Analysen zum Zusammenhang zwischen der Herkunft der Studierenden und der Fächerstrukturentwicklung nicht möglich.

<sup>72</sup> Robert D. Reisz / Robert Schuster / Manfred Stock: Wandel akademischer Bildung und geschlechtstypische Bildungsbeteiligung, in: Rolf Becker / Heike Solga (Hg.), Bildungssoziologie. Sonderheft 2012 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie [i. Ersch.]

ein wachsender Anteil von Frauen unter den Studierenden zu wachsenden Anteilen von Fächern, die vor allem Frauen wählen. In der DDR hatte hingegen umgekehrt die Entwicklung des relativen Anteils der Fächer einen Einfluss auf die Geschlechterzusammensetzung der Studierenden. Den ingenieurwissenschaftlichen Fächern wurde im Staatssozialismus eine besondere Bedeutung zugemessen. Wer ein Hochschulstudium aufnehmen wollte, musste sich den Fächerproportionen anpassen, die durch die Politik vorgegeben wurden. Besonders Frauen waren diesem Anpassungsdruck unterworfen. Nicht die hergebrachten Geschlechterstereotype hatte der Sozialismus hinter sich gelassen, sondern den freien Zugang zu den Fächern. Dies zwang die Frauen, wenn sie an die Hochschulen wollten, zu größeren Anteilen als im Westen in ein ingenieurwissenschaftliches Studium.

### *(2) Wandel der Fächerstruktur und Hochschulpolitik:*

Die Hochschulentwicklung soll(te) nicht nur in der DDR, sondern auch in der BRD politisch gelenkt werden – das beansprucht die Hochschulpolitik:

- In den 60er Jahren folgten die Empfehlungen des Wissenschaftsrat zum Ausbau des Hochschulwesens erklärtermaßen der Vorstellung, Bildung sei Bürgerrecht.
- In den 70er Jahre sind dagegen fächerspezifische Vorgaben gemacht worden. Ihnen zufolge sollten die Zuwachsraten in einigen Fächern, vor allem im Bereich der Sprach- und Kulturwissenschaften, „vermindert werden“, während für die Natur- und Ingenieurwissenschaften ein „starker Ausbau“ vorgesehen wurde. Ausgangspunkt für solche Vorgaben, so hieß es, seien „Bedarfsgesichtspunkte bei einzelnen Fachrichtungen“.
- In den 80er Jahren forderte die Politik, die Studienplätze in den Wirtschaftswissenschaften seien auf Kosten der Sozial- und Geisteswissenschaften auszubauen.
- In den 90er Jahre wurde selbstkritisch vermerkt, dass der Zuwachs an Beschäftigungsmöglichkeiten für Hochschulabsolventen in der Vergangenheit zumeist unterschätzt wurde. Gleichwohl hielt man daran fest, dass es grundsätzlich sinnvoll sei, Vorgaben für die Fächerentwicklung aus Prognosen über den Qualifikationsbedarf abzuleiten.

Setzt man die politischen Vorgaben in Beziehung zu den empirischen Verläufen der fächerspezifischen Bildungsbeteiligung, so lassen sich, aufs Ganze gesehen, zwei Feststellungen treffen:

- Die Empfehlungen in den 60er Jahren, die Hochschulen grundsätzlich auszubauen, deckten sich mit den faktischen Interessen der jungen Leute. 1971 bis 1973 nahm die absolute Bildungsbeteiligung sprunghaft in allen Fächern zu.
- Vorgaben, die darauf abzielten, allgemein oder fächerspezifisch die Anzahl der Studienplätze zu reduzieren, hatten auf die faktische Entwicklung der allgemeinen und fächerspezifischen Bildungsbeteiligung keine Auswirkung. Angesichts der verfassungsrechtlich garantierten Ausbildungs- und Berufsfreiheit standen keine durchgreifenden administrativen Mittel zu Verfügung, um Vorgaben zur Kürzung der Studienplätze durchzusetzen.

### *(3) Wandel der Fächerstruktur und Wandel der Beschäftigung:*

Zum Wandel der Fächerstruktur und der Akademikerarbeitslosigkeit wurden zwei Annahmen überprüft: Folgt man humankapitaltheoretischen Argumentationen, so liegt es nahe, dass bei zunehmenden fachspezifischen Arbeitslosenquoten und damit sinkenden Beschäftigungschancen sich auch die Neigung verringert, das entsprechende Fach zu studieren. Andererseits kann man auch von der Hypothese ausgehen, dass etwa eine stark expandierende Fachrichtung in der Folge auch die fachspezifischen Arbeitslosenquoten nach oben treibt:

- Der zuerst genannte Zusammenhang konnte für Ingenieurwissenschaften, Mathematik/Naturwissenschaften, Rechtswissenschaften und Lehramt nachgewiesen werden, der zuletzt genannte für Wirtschafts-/Sozialwissenschaften. Im Falle von Kunst/Kunstwissenschaften lassen sich keine Zusammenhänge feststellen.
- Nimmt man sämtliche Befunde zur fachrichtungsspezifischen Arbeitslosigkeit zusammen, so überrascht insgesamt die Fähigkeit des Beschäftigungssystems zur Aufnahme von Akademikern. Auch bei relativ schlechten Beschäftigungsmöglichkeiten hat sich das Beschäftigungssystem für die Hochschul-

absolventen – angesichts des beständigen Zustroms neuer Absolventen im Zuge der Hochschulexpansion – als verhältnismäßig absorptionsfähig erwiesen, selbst unter den Bedingungen der massiven Strukturprobleme im Osten Deutschlands.

Sodann wurde geprüft, ob die hohe Elastizität des Beschäftigungssystems gegenüber der expandierenden Gruppe der Hochschulabsolventen mit einer Verschlechterung ihrer Platzierung in den Arbeitsorganisationen einhergeht oder nicht. Der Professionalisierung würde entsprechen, dass wissenschaftlich begründete Standards des beruflichen Handelns, die die Hochschulen hervorbringen, mit deren Expansion zunehmend der Arbeitswelt inkorporiert werden. Gegen diese Annahme spräche, wenn die Hochschulabsolventen mehr und mehr auf Positionen gelangen, die ihrer Qualifikation nicht angemessen sind. Das behaupten Studien, die eine Überqualifizierung („overeducation“) unterstellen. Hier ergab sich das folgende Bild:

- Der Anteil der Beschäftigten mit Universitätsabschluss, die mit Blick auf ihre Ausbildung als angemessen platziert gelten können, schwankt in der Zeitspanne 1982 bis 2000 zwischen 87 Prozent im Jahre 1982 und 81 Prozent im Jahre 2000, 1996 liegt er mit fast 79 Prozent am niedrigsten. Eine bedeutsame Verschlechterung ist im Zeitverlauf nicht eingetreten.
- Bei den Absolventen mit Fachhochschulabschluss ist der Anteil im Durchschnitt kleiner. Er bewegt sich hier zwischen 75 und 73 Prozent, am kleinsten ist er 1993 mit 71 Prozent. Auch hier kam es nicht zu einer Verschlechterung.
- Bei der fachrichtungsspezifischen Platzierung zeigen sich Unterschiede. Bei den Absolventen der Wirtschaftswissenschaften ist der Anteil der adäquat Platzierten mit 75 Prozent am kleinsten, bei den klassischen Professionen (Juristen und Theologen um 90 %, Mediziner um 95 %), aber auch bei den Ingenieuren (85 %) am größten. Für die Absolventen einiger Fachrichtungen hat sich die Platzierung leicht verschlechtert, für Sozialwissenschaftler, Kunstwissenschaftler/Künstler und für Lehrer.

Trotz der im Großen und Ganzen beständigen Expansion der Hochschulbildung, und trotz der erstaunlichen Aufnahme der Hochschulabsolventen durch das Beschäftigungssystem, hat sich die Platzierung der Absolventen innerhalb dieses Systems nicht bedeutsam verschlechtert. Zu einer systematischen Entwertung der Abschlüsse und damit zu einer „overeducation“ ist es nicht gekommen, auch wenn fächerspezifische Unterschiede der Platzierung festzustellen sind.

Um diese Entwicklung erklären zu können, muss man sich von der verbreiteten Vorstellung verabschieden, dass sich die Positionsstruktur des Beschäftigungssystems auf der Grundlage einer gleichsam immanenten Bedarfslogik entwickelt. Eine entsprechende Szenarioberechnung legt die Annahmen nahe, dass im Beschäftigungssystem hochschulabschlusssadäquate Positionen erzeugt wurden, und zwar *in Anpassung an die Expansion der Hochschulabsolventen* (Übersicht 4).

Übersicht 4: Szenarioberechnung des Anteils der hochschulabschlussadäquaten Positionen in Relation zum Absolventenwachstum

Jahr	Anteil hochschulabschlussadäquater Positionen (in %)	Anzahl der Absolventen	Wachstum der Absolventen (in %)	Anteil der hochschulabschlussadäquaten Positionen in Relation zum Absolventenwachstum (in %)
1982	65,2	121.900	100	65,2
1985	62,6	141.500	116,07	72,7
1987	62,1	148.120	121,50	75,5
1989	61,0	154.840	127,02	77,5
1991	62,6	166.101	136,26	85,3
1993	60,5	198.142	162,54	98,3
1996	58,1	229.920	188,61	109,6
2000	57,3	214.473	175,94	100,8

Es wurde ein Szenario konstruiert, das die Entwicklung der Positionsanteile als unabhängig von der Expansion der Absolventen unterstellt. Es geht davon aus, dass sich die Positionsanteile gleichsam nur „immanent“ verändern. Unter dieser Prämisse wurden die Anteile der Positionen berechnet, deren es bedurft hätte, um jeweils die faktisch expandierende Anzahl von Absolventen in entsprechender Relation als ausbildungssadäquat aufzunehmen. 1996 lag der Anteil bei über 100 Prozent. Dies legt die Annahmen nahe, dass im Beschäftigungssystem in Anpassung an die Expansion der Hochschulabsolventen hochschulabschlusssadäquate Positionen erzeugt wurden.